

MENSCHENRECHTE IM WANDEL: DIE HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion
9. Dezember 2004

Es diskutierten: **Helga Konrad, Manfred Nowak, Beate Winkler**
Moderation: **Freimut Duve**

Einen ersten Überblick über das Thema gab Manfred Nowak, Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und seit Dezember 2004 UNO-Sonderberichterstatter für Folter. Als größte Herausforderungen in Zusammenhang mit den Menschenrechten nannte er fünf Punkte: Zum einen die sehr sicherheitsorientierte Antiterrorismusstrategie, die die USA, Russland oder die EU nach dem 11. September entwickelt hätten. Sie bedeute, so Nowak, den derzeit größten Angriff auf die internationale Rechtsstaatlichkeit und den universellen Konsens internationaler Menschenrechte seit dem Zweiten Weltkrieg. Höchst beunruhigendes Anzeichen dieser Entwicklung sei etwa, dass derzeit sogar das Folterverbot in Frage gestellt werde, erklärte Nowak. Die NGOs – wie Amnesty International, Human Rights Watch oder die Internationale Juristenkommission – hätten den Kampf gegen diese Aushöhlung der Menschenrechte inzwischen Gott sei Dank voll aufgenommen, betonte Nowak.

Zweitens nannte er das Thema Armut: Die Kluft zwischen Arm und Reich sei größer geworden; in der Umsetzung der Millennium Development Goals sei fünf Jahre nach deren Verabschiedung wenig passiert und auch in der Entwicklungsdebatte beobachte er, dass das Thema Armutsbekämpfung dem Thema Sicherheit Platz machen müsse. Ebenso hätten – Nowaks dritter Punkt – Rassismus, Diskriminierung, religiöse Intoleranz und damit verbundene massive Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord (Ruanda, Bosnien-Herzegowina) zugenommen. Als vierte große Gefahr für die Menschenrechte nannte er die Globalisierung: Globalisierung im Zeichen des Neoliberalismus trage nicht nur zur Verschärfung von Armut und Rassismus bei, sondern führe auch dazu, dass es durch Privatisierung, Deregulierung und das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes zu einer Schwächung staatlicher Strukturen komme, in deren Hand die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte größtenteils liege. Global agierende non-state actors könnten bei zunehmender Machtfülle auch zur Bedrohung für die Menschenrechte werden, so Nowak, und forderte ein Umdenken im Völkerrecht, das es ermöglichen solle, transnationale Konzerne rechtlich stärker zu binden. Ein wesentlicher Aspekt der Globalisierung sei natürlich auch die organisierte Kriminalität und der Menschen- und vor allem Frauenhandel.

Nowak lobte die Entwicklung des internationalen Strafrechts – Stichwort Internationaler Strafgerichtshof –, das es möglich mache, nicht nur Individuen zur Verantwortung zu ziehen, sondern auch nicht-staatliche Organisationen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen begangen hätten.

Für wesentlich halte er, so Nowak in seinem letzten Punkt, die Reform des Sicherheitsrates der UNO. Die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte im Rahmen der UNO nannte er überfällig, ebenso die generelle Reform der Menschenrechtskommission.

Helga Konrad, Special Representative on Combating Trafficking in Human Beings der OSZE, vertiefte das Thema Menschenhandel. Es handle sich um eine moderne Art der Sklaverei, die

weitgehend nicht einmal als Menschenrechtsverletzung erkannt, ernst genommen und betrachtet würde. Man behandle Menschenhandel, so Konrad, vielfach als Nebenprodukt der Debatte um nationale Sicherheit. Dadurch stünden die Opfer des Menschenhandels nicht im Mittelpunkt. Darüberhinaus würde Menschenhandel politisch dazu benutzt, eine schärfere Gangart im Umgang mit illegaler Immigration zu legitimieren. Migration im Allgemeinen, erklärte Konrad, stünde seit dem 11. September ohnedies generell in Zusammenhang mit Kriminalität. Gerade Frauenrechte würden heute nicht als Menschenrechte anerkannt. Es wäre notwendig, meinte Konrad, den Opfern von Menschenhandel einen Rechtsstatus zu gewähren.

Beate Winkler, Direktorin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien, nannte den 11. September einen "negativen Meilenstein" im Verhältnis von Migranten und Minderheiten mit den sogenannten einheimischen Gesellschaften. Ihre Organisation, die gerade zur Europäischen Menschenrechtsagentur ausgeweitet werde, habe festgestellt, dass europaweit ein Klima der Angst und des Misstrauens entstanden sei. Auch die Gewalt gegenüber religiösen Symbolen sei gestiegen; das Thema Einwanderung werde fast nur noch negativ diskutiert. Es fehle, analysierte Winkler, an Menschenrechtskultur und an einer breiten öffentlichen Debatte zum Thema.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde u.a. über die EU-Verfassung gesprochen. Ebenfalls thematisiert wurde die wesentliche Rolle der NGOs in Menschenrechtsfragen und ob sich die Politik sich in diesem Zusammenhang aus der Verantwortung stehle, während NGOs gleichzeitig immer mehr mit der Kürzung öffentlicher Subventionen und prekären Arbeitsverhältnissen in den eigenen Reihen zu kämpfen hätten. Debattiert wurde auch über die Frage von Toleranz und deren Grenzen – etwa im Zusammenhang mit Gewaltaufrufen durch religiöse Fundamentalisten. Das Menschenrecht auf Arbeit, ebenfalls Thema der Diskussion, müsse auch staatliche Pflichten wie angemessenen Lohn umfassen. In Österreich, so Manfred Nowak, sei das Recht auf Arbeit nicht in der Verfassung niedergelegt.

Außerdem sprach man über restriktive Asylpolitik und deren Akzeptanz in der Gesellschaft, über Bürgerrechte und den gesellschaftlichen Wandel (Stichwort Brutalisierung der Gesellschaft), der sich auch in einem gewandelten Umgang mit den Menschenrechten zeige. Abschließend sprach Beate Winkler über die Aufgaben der Politik in Bezug auf Menschenrechte: Erstens sei die Politik gefordert, ein Klima zu schaffen, in dem klar sei, dass Rassismus, religiöse Intoleranz etc. nicht akzeptiert werde. Man wisse, so Winkler, aus der Antisemitismusforschung, dass das funktioniere: Wenn Antisemitismus gesellschaftlich inakzeptabel sei, gehe er zurück. Zum Zweiten, forderte sie, sei des Aufgabe der Politik, Menschenrechtsentwicklung im Bildungsbereich zu fördern.

Helga Konrad

Seit Mai 2004 ist Helga Konrad *Special Representative on Combating Trafficking in Human Beings* der OSZE. Davor leitete sie die *Stability Pact Task Force on Trafficking in Human Beings for South Eastern Europe* im Rahmen der OSZE und war von 1995 bis 1997 Bundesministerin für Frauenangelegenheiten.

Manfred Nowak

Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte (BIM). Während der 2. Weltkonferenz der Vereinten Nationen über Menschenrechte im Jahr 1993 in Wien

koordinierte er die NGO-Aktivitäten. Seit 1993 UNO Experte über Verschwundene und seit 2001 als Berater der UNO-Hochkommissarin für Fragen der Menschenrechte in Fragen der Armutsbekämpfung. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2004 wurde er zum UNO Sonderberichterstatter für Folter bestellt.

Beate Winkler

Direktorin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien. Davor war sie Regierungsdirektorin im Arbeitsstab der Beauftragten der deutschen Bundesregierung für die Belange der Ausländer.

Freimut Duve

War bis Ende 2003 Beauftragter für Medienfreiheit der OSZE.